



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

Decisione

-2. Okt. 1989

1811

kann im Zusammenhang mit seiner Funktion als Zuschlag von maximal Fr. 15.-- pro Tag ausgerichtet werden.

Den Vertretern des Bundesamtes für Veterinärwesen werden Taggeld und Reisekosten zu Lasten der Rubrik 720.301.01/9 (Ersatz von Auslagen) entschädigt.

Uebereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (Artenschutzübereinkommen) Delegation für die 7. ordentliche Tagung der Konferenz der Vertragsstaaten in Lausanne

5. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die erforderlichen Vollmachten auszufertigen.

Aufgrund des Antrags des EVD vom 21. September 1989

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

Veröffentlichung:
Wöchentliche Sammlung

beschlossen:

1. Die Schweiz nimmt an der 7. ordentlichen Konferenz der Vertragsparteien des Uebereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen, die vom 9. bis 20. Oktober 1989 in Lausanne stattfindet, teil.
2. Als Delegation wird abgeordnet:
 - a) Delegationschef: Dr. P. Dollinger, Chef der Abteilung Internationaler Verkehr des Bundesamtes für Veterinärwesen;
 - b) Delegierte:
 - Dr. T. Althaus, Chef der Sektion Artenschutz des Bundesamtes für Veterinärwesen
 - R.E. Honegger, Präsident der Fachkommission für das Artenschutzübereinkommen
 - D. Supthut, Mitglied der Fachkommission für das Artenschutzübereinkommen
3. Der Delegationsleiter wird ermächtigt, tageweise weitere Fachleute (Mitarbeiter des BVET, des BLW, des BUWAL und der OZD sowie Mitglieder der Fachkommission Artenschutz) als Berater beizuziehen.
4. Das Taggeld für die Mitglieder der Delegation wird im Einvernehmen mit dem Eidgenössischen Personalamt festgelegt. Dem Delegationschef

Protokollauszug aus:	
Einsch. / Dienstbeschr.	
Nr.	Art.
1	1
2	2
3	3
4	4
5	5
6	6
7	7
8	8
9	9
10	10
11	11
12	12
13	13
14	14
15	15
16	16
17	17
18	18
19	19
20	20
21	21
22	22
23	23
24	24
25	25
26	26
27	27
28	28
29	29
30	30
31	31
32	32
33	33
34	34
35	35
36	36
37	37
38	38
39	39
40	40
41	41
42	42
43	43
44	44
45	45
46	46
47	47
48	48
49	49
50	50
51	51
52	52
53	53
54	54
55	55
56	56
57	57
58	58
59	59
60	60
61	61
62	62
63	63
64	64
65	65
66	66
67	67
68	68
69	69
70	70
71	71
72	72
73	73
74	74
75	75
76	76
77	77
78	78
79	79
80	80
81	81
82	82
83	83
84	84
85	85
86	86
87	87
88	88
89	89
90	90
91	91
92	92
93	93
94	94
95	95
96	96
97	97
98	98
99	99
100	100

- 2 -

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

kann im Zusammenhang mit seiner Funktion ein Zuschlag von maximal Fr. 15.-- pro Tag ausgerichtet werden.

Den Vertretern des Bundesamtes für Veterinärwesen werden Taggeld und Reisekosten zu Lasten der Rubrik 720.301.01/9 (Ersatz von Auslagen) entschädigt.

Den Mitgliedern der Fachkommission werden Taggeld und Reisekosten zu Lasten der Rubrik 103.201.04 (vom Bundesrat bestellte Abordnungen) ausgerichtet.

5. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die erforderlichen Vollmachten auszufertigen.

Veröffentlichung:
 Amtliche Sammlung

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	8	-
	X	EDI	3	-
		EJPD		
		EMD		
	X	EFD	7	-
X		EVD	11	-
		EVED		
		BK		
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

6901.1

3003 Bern, den 21. September 1989

An den Bundesrat

Uebereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten
 freilebender Tiere und Pflanzen (Artenschutzübereinkommen)
 Delegation für die 7. ordentliche Tagung der Konferenz der
 Vertragsstaaten in Lausanne

I

Das "Uebereinkommen vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen" (ASchUe; SR 0.453) trat für unser Land, das die Aufgabe der Verwahrregierung übernommen hatte, am 1. Juli 1975 in Kraft. Heute umfasst sein Geltungsbereich 102 Staaten. Das Sekretariat hat seinen Sitz in Lausanne. Der Vollzug in der Schweiz obliegt dem Bundesamt für Veterinärwesen (BVET) in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) und der Eidgenössischen Zollverwaltung.

II

Nach Artikel XI ASchUe findet alle zwei Jahre eine Konferenz der Vertragsparteien statt. Die Konferenz beschliesst namentlich über Aenderungen der Anhanglisten zum Uebereinkommen und über das Budget des Sekretariates.

Die bisherigen ordentlichen Tagungen fanden in Bern (1976), in San José, Costa Rica (1979), in New Delhi (1981), in Gaborone (1983), in Buenos Aires (1985) und in Ottawa (1987) statt. Die siebente ordentliche Tagung wird vom 9. bis 20. Oktober 1989 in Lausanne stattfinden.

III.

Ursprünglich sollte die Tagung in Indonesien stattfinden. Nachdem sich aber dieses Land aus technischen und politischen Gründen ausserstande sah, die Konferenz durchführen, ermöglichte die Schweiz durch Beiträge der Stadt Lausanne und des Kantons Waadt sowie einer Defizitgarantie des

Bundes die Durchführung der Tagung am Sitz des Sekretariats in Lausanne. Im weiteren leistete die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe einen Beitrag an die Reisekosten von Delegationen aus Entwicklungsländern, um deren Teilnahme sicherzustellen.

Im Rahmen der Eröffnungszeremonie ist eine Ansprache von Staatssekretär Blankart vorgesehen. Im übrigen soll die Schweiz, wie in früheren Jahren durch zwei Vertreter des Bundesamtes für Veterinärwesen sowie den Präsidenten der Fachkommission vertreten werden. Um eine Mitarbeit auch im Pflanzenkomitee zu gewährleisten, soll zusätzlich ein weiteres Mitglied der Fachkommission in die Delegation aufgenommen werden. Daneben soll die Delegation die Möglichkeit haben, zu einzelnen Traktanden weitere Fachleute (Mitarbeiter der Bundesämter für Landwirtschaft und für Veterinärwesen, des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft, der Oberzolldirektion sowie Mitglieder der Fachkommission) tageweise beizuziehen.

IV.

Zur Vorbereitung der Konferenz fand vom 19. bis 21. Juli 1989 in Helsinki eine Koordinationstagung der EFTA-Länder sowie Dänemarks (als Mitglied des Nordischen Rates) statt. In den meisten Punkten konnte Einigkeit erzielt werden. Einzelne Fragen wurden offengelassen, um während der Lausanner Tagung im Lichte neuer Informationen erneut im EFTA-Rahmen diskutiert zu werden.

Die EFTA-Länder werden sich überall dort für die Aufnahme neuer Arten oder die Verstärkung des Schutzes von Arten einsetzen, wo dies sinnvoll und mit den Kriterien vereinbar ist, die an der ersten Tagung der Vertragsstaaten in Bern angenommen wurden. Andererseits werden sie die Streichung von Arten befürworten, die nicht handelsrelevant sind. Im Zusammenhang mit dem Afrikanischen Elefanten werden wir in jedem Fall für eine Intensivierung des Schutzes eintreten. Zur Zeit ist noch offen, ob die vorgeschlagene Aufnahme des Afrikanischen Elefanten in Anhang I tatsächlich die zweckmässigste Lösung ist. Zur Diskussion steht auch eine rigorose, völkerrechtlich abgestützte Quotenregelung für eine beschränkte und kontrollierte Nutzung.

Die Delegation wird sich sodann dafür einsetzen, dass im Budget ausreichende Mittel vorgesehen werden, um wenigstens die Basisaktivitäten der fünf ständigen Komitees sicherzustellen. Seit Inkrafttreten des Übereinkommens hat die Schweiz stets in diesen Komitees der Vertragsstaatenkonferenz mitgewirkt (Standing Committee, Animals Committee, Plants Committee, Identification Committee, Nomenclature Committee). Dabei musste sie feststellen, dass die Tätigkeit dieser Komitees durch ungenügende Finanzierung beeinträchtigt wurde.

V.

Die in der Aemterkonsultation begrüssteten Bundesstellen (EDA-DIO, EDA-DV, EFV, EPA, BUWAL) haben sich mit dem Antrag einverstanden erklärt, soweit sie sich geäußert haben.

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

EIDGENOESSISCHES
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Abereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten
freilebender Tiere und Pflanzen (Artenchutzabereinkommen)
Delegation für die 7. ordentliche Tagung der Konferenz der
Vertragsparteien in Lausanne

Mitteilung, mit den erforderlichen Beglaubigungsschreiben, an:

die Ernannten (durch die Bundeskanzlei)

Beilage:

Beschlussesentwurf

Zum Mitbericht an:

- Departement für auswärtige
Angelegenheiten (DV, DIO)
- Departement des Innern (BUWAL)
- Finanzdepartement (EFV, EPA)

Protokollauszug an:

- | | | |
|-------|----|-------------------------------|
| - EDA | 6 | (DIO 3, DV 3) |
| - EDI | 3 | (BUWAL 3) |
| - EFD | 6 | (EFV 3, EPA 3) |
| - EVD | 11 | (GS 2, BAWI 3, BLW 2, BVET 4) |

Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten
 freilebender Tiere und Pflanzen (Artenschutzübereinkommen)
 Delegation für die 7. ordentliche Tagung der Konferenz der
 Vertragsstaaten in Lausanne

Aufgrund des Antrags des EVD vom 21. September 1989

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Schweiz nimmt an der 7. ordentlichen Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen, die vom 9. bis 20. Oktober 1989 in Lausanne stattfindet, teil.
2. Als Delegation wird abgeordnet:
 - a) Delegationschef: Dr. P. Dollinger, Chef der Abteilung Internationaler Verkehr des Bundesamtes für Veterinärwesen;
 - b) Delegierte:
 - Dr. T. Althaus, Chef der Sektion Artenschutz des Bundesamtes für Veterinärwesen
 - R.E. Honegger, Präsident der Fachkommission für das Artenschutzübereinkommen
 - D. Supthut, Mitglied der Fachkommission für das Artenschutzübereinkommen
3. Der Delegationsleiter wird ermächtigt, tageweise weitere Fachleute (Mitarbeiter des BVET, des BLW, des BUWAL und der OZD sowie Mitglieder der Fachkommission Artenschutz) als Berater beizuziehen.
4. Das Taggeld für die Mitglieder der Delegation wird im Einvernehmen mit dem Eidgenössischen Personalamt festgelegt. Dem Delegationschef

kann im Zusammenhang mit seiner Funktion ein Zuschlag von maximal Fr. 15.-- pro Tag ausgerichtet werden.

Den Vertretern des Bundesamtes für Veterinärwesen werden Taggeld und Reisekosten zu Lasten der Rubrik 720.301.01/9 (Ersatz von Auslagen) entschädigt.

Den Mitgliedern der Fachkommission werden Taggeld und Reisekosten zu Lasten der Rubrik 103.201.04 (vom Bundesrat bestellte Abordnungen) ausgerichtet.

Mitteilung:

Mit den erforderlichen Beglaubigungsschreiben an die Ernannten (durch die Bundeskanzlei).

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Sachverhalt:

1. Die Schweiz nimmt an der 7. ordentlichen Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährlichen Arten freilebender Tiere und Pflanzen, die von 1973 in London am 3. Oktober 1973 in Lausanne statt findet, teil.

2. Als Delegation wird abgeordnet:

a) Delegationschef: Dr. P. Bollinger, Chef der Abteilung Internationaler Verkehr des Bundesamtes für Veterinärwesen

b) Delegierter: Dr. T. Altkus, Chef der Sektion Artenschutz des Bundesamtes für Veterinärwesen

R. E. Honninger, Präsident der Fachkommission für das Artenschutzübereinkommen

D. Zuchtli, Mitglied der Fachkommission für das Artenschutzübereinkommen

3. Der Delegationsleiter wird ermächtigt, folgende weitere Sachverständige (Mitglieder des BVEL, des BLM, des BUNL und der OZ) sowie Mitglieder der Fachkommission Artenschutz) als Berater beizuziehen.

4. Das Taggeld für die Mitglieder der Delegation wird im Einvernehmen mit dem Eidgenössischen Personalamt festgelegt. Dem Delegationschef



EIDGENÖSSISCHES VERBANDSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
 FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI PUBBLICI

DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Berne, le 28 septembre 1989

Für die BR.-Sitzung
 vom - 2. OKT. 1989

Au Conseil fédéral

Au Conseil fédéral

Convention sur le commerce international des espèces de faune
 et de flore sauvages menacées d'extinction (Convention sur la
 conservation des espèces)

Délégation à la 7e Conférence des Etats parties
 à l'Accord sur la protection des espèces

Prise de position

Co-rapport

sur le co-rapport du DFEP du 21 septembre 1989

relatif à la proposition du DFEP du 21 septembre 1989.

Nous sommes d'accord avec la proposition du Département de l'économie publique. Nous pensons cependant qu'il est indispensable, si l'on veut éviter la poursuite du commerce illicite de l'ivoire, d'inscrire les éléphants dans l'annexe I de la Convention, de façon à interdire tout commerce de l'ivoire à de fins commerciales.

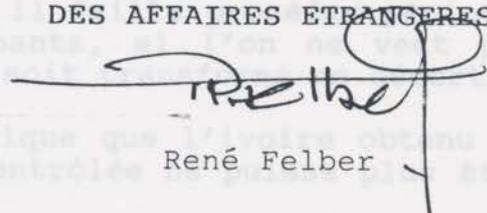
L'expérience faite avec les éléphants, comme avec d'autres espèces, montre qu'une interdiction totale du commerce constitue à long terme, la seule mesure de protection réellement efficace.

- les éléphants soient victimes de braconniers et que, le cas échéant, l'ivoire soit confisqué par les autorités;

- dans certains parcs nationaux, l'ivoire obtenu par la vente de produits dérivés d'éléphants, il y a un risque que le parc soit courir le risque que le parc soit

Il serait contraire à toute logique que l'ivoire obtenu de cette façon ou par une chasse contrôlée puisse être mis en valeur.

DEPARTEMENT FEDERAL
 DES AFFAIRES ETRANGERES


 René Felber



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

6901.1

3003 Berne, le 29 septembre 1989

Au Conseil fédéral

Convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction (Convention sur la conservation des espèces)

Délégation à la 7e session ordinaire de la Conférence des Parties à Lausanne

Prise de position

sur le co-rapport du DFAE du 28 septembre 1989

Nous ne sommes pas entièrement d'accord avec les considérations concernant la procédure pour la protection des éléphants.

Nous nous permettons de vous rendre attentifs aux considérations suivantes:

1. L'inscription inconditionnelle des éléphants à l'Annexe I de la Convention du 3 mars 1973 sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction (Convention sur la conservation des espèces, CCE; RS 0.453) empêche la mise en valeur commerciale de l'ivoire.

L'inscription n'empêche néanmoins pas que:

- les éléphants meurent de mort naturelle et que l'on trouve leur ivoire (il y a quelques années, cet ivoire représentait près de 10 % du volume du commerce mondial);
- les éléphants soient victimes de braconniers et que, le cas échéant, l'ivoire soit confisqué par les autorités;
- dans maints parcs nationaux, il faille procéder périodiquement à des tirs d'éléphants, si l'on ne veut pas courir le risque que le parc soit transformé en désert.

Il serait contraire à toute logique que l'ivoire obtenu de cette façon ou par une chasse contrôlée ne puisse plus être mis en valeur.

2. A cause de leur grand besoin d'espace, qui entre en collision avec les intérêts de la population humaine en forte augmentation, les éléphants sont de plus en plus repoussés hors de leurs habitats. Là où vivent des éléphants, aucune exploitation du sol n'est possible. Par contre, la chasse contrôlée des éléphants pourrait constituer une source de revenus réguliers pour la population des campagnes et offrir une alternative à l'agriculture. Si toutefois l'ivoire ne peut plus être vendu sur le marché international, l'éléphant n'est plus considéré que comme un nuisible destructeur de terres et il se produit ce que le ministre de la protection de la nature du Zimbabwe a déclaré récemment: "If the elephant becomes valueless, it is a certainty that the encouraging increase of wildlife in communal lands will stop, those elephants outside state-protected areas will rapidly disappear, and there will be an increased threat to the elephants in national parks."

Cela explique l'opposition de pays tels que le Botswana, le Malawi, le Mozambique, la Zambie, l'Afrique du Sud, la Namibie et le Zimbabwe qui, en comparaison avec d'autres pays africains, ont et appliquent en général une législation de protection de la nature efficace, mais ont par contre un urgent besoin de devises.

3. Au cas où ces pays (comme ils l'ont déjà annoncé) formuleraient une réserve, on perdrait totalement le contrôle du commerce international d'ivoire.

Lors de la réunion préparatoire de la délégation des Etats de l'AELE, on est tombé d'accord pour renforcer la protection de l'éléphant africain et pour admettre qu'il ne faut s'attendre à un effet positif sur le plan de la conservation des espèces que si cette décision avait l'appui des pays concernés. En cas contraire, une inscription à l'Annexe I avec des dérogations pour une exploitation contrôlée de certaines populations serait plus efficace.

4. Il faut finalement prendre en considération que la direction pour la Coopération au développement et à l'aide humanitaire du DFAE a assuré le 20 juillet 1989 une contribution de 90'000 francs, afin que cette organisation, dans la perspective de la conférence CITES, puisse élaborer un compromis acceptable pour un commerce dans les limites de la conservation des espèces (cf. prise de position du Conseil fédéral sur la motion Segond du 5 juin 1989).

Nous sommes par conséquent d'avis que le mandat de la délégation sur cette question ne soit pas rédigé de façon trop étroite, afin de trouver une solution optimale en tenant compte des résultats des délibérations.

DEPARTEMENT FEDERAL DE
L'ECONOMIE PUBLIQUE

